



MAGDEBURG IM JANUAR

Die jährlichen Proteste gegen den „Trauermarsch“ der Neonazis

Unabhängig davon,
wo jemand politisch steht:

**Der 16. Januar ist für
die Menschen in Magdeburg
ein Datum, das kaum
jemanden unberührt lässt.**

Der Umgang mit den Ereignissen im Januar ist in der Stadt ein umstrittenes Thema und ein heißes Pflaster. Diskussionen darüber werden schnell emotional und konfliktreich – erst recht, wenn der nächste Januar nicht mehr weit ist. In den Diskussionen um den Januar werden oft die verschiedenen Aspekte des Themas miteinander vermischt. Eine Einschätzung des Mobilisierungspotenzials der Neonazis wird da schnell als Aussage über die Notwendigkeit des Protestes dagegen interpretiert; eine Frage zur Gedenkkultur zu DDR-Zeiten wird leicht als Kritik an der heutigen städtischen Gedenkkultur wahrgenommen. In den Diskussionen um Magdeburg im Januar geht daher vieles durcheinander. Es gibt viele Gerüchte und Behauptungen, wenig Differenzierungen, aber auch einiges Nichtwissen. Diesem Missstand wollen wir mit dieser Broschüre begegnen.

Wie haben sich die Formen des Gedenkens an die Bombardierung der Stadt entwickelt? Was verbinden die Neonazis mit dem 16. Januar, und worum geht es ihnen mit dem „Trauermarsch“? Wie haben sich die Proteste des Bündnis gegen Rechts gegen die Naziaktivitäten entwickelt, und auf welche Schwierigkeiten stoßen sie? Diesen und anderen Fragen rund um den Januar in Magdeburg wollen wir in dieser Broschüre nachgehen. Die Texte wollen dabei keine fertigen Antworten liefern, sondern Diskussionen versachlichen, Differenzierungen ermöglichen und Denkanstöße geben.

Denn die Debatte über den Umgang mit dem 16. Januar und seinen Ereignissen im Umfeld muss in dieser Stadt fortgesetzt werden. Sie berührt Fragen, die uns alle angehen. Und sie dürfen uns nicht kalt lassen, wenn wir den Slogan unserer Proteste im Januar wahr werden lassen wollen: Den Nazis keinen Raum geben.

*Christine Böckmann,
Koordinatorin des BgR Magdeburg*

„Der Krieg war in sein Ausgangsland zurückgekehrt“

Der 16. Januar als zentraler Gedenktag Magdeburgs

Angesichts der Auseinandersetzungen um das Gedenken an den 16. Januar 1945 sowie des jährlichen Naziaufmarschs wird einmal mehr deutlich: Der öffentliche Bezug auf die Vergangenheit ist eng verknüpft mit der Frage nach der Funktion für die Gegenwart. Auch nach 70 Jahren ist der 16. Januar der zentrale Gedenktag (im Sinne einer öffentlichen historischen Rückbesinnung) Magdeburgs. Er ist wichtiger Bezugspunkt sowohl für Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft als auch für die extreme Rechte. In der Auseinandersetzung mit dem jährlichen Naziaufmarsch muss daher – neben der Debatte um Formen des Protests – auch die Frage gestellt werden nach Form und Inhalt des Gedenkens an den 16. Januar. Und es muss die Frage gestellt werden nach den möglichen Anknüpfungspunkten für Neonazis und ihrer Idee des „Trauermarschs“. Diese notwendige Debatte diskreditiert nicht die individuellen Erfahrungen von Schmerz und Leid in den Bombennächten oder das Bedürfnis sich jährlich zu erinnern. Vielmehr geht es um eine kritische Reflexion der Indienstnahme eines historischen Ereignisses – wie dem 16. Januar – für Zwecke der Gegenwart.

Der Luftkrieg im Nationalsozialismus

Mit Beginn des alliierten Luftkriegs gegen das Deutsche Reich entwickelte sich eine spezifisch nationalsozialistische Deutung des Geschehens. Demnach waren die Angriffe Teil eines unvermeidlichen Kampfes verschiedener Weltanschauungen. Auf der einen Seite, so die Nationalsozialisten, stünde die von den Deutschen angeführte Zivilisation, auf der anderen Seite die anglo-amerikanische bzw. jüdische Barbarei. Inmitten des von Deutschland ausgehenden „totalen“ Vernichtungskriegs wurden die britischen und amerikanischen Luftan-

griffe auf Deutschland als Ausdruck der „Verwilderung des Krieges“ betrachtet. In der Tagespresse und im Rundfunk war die Rede von „anglo-amerikanischen Luftgangstern“, „Terrorangriffen“, „blindem Hass“ und alliierten „Kriegsverbrechen“.

Magdeburg als eine der größten Rüstungsschmieden des Deutschen Reichs war ab 1943 – ebenso wie viele andere Städte – dutzende Male Angriffsziel englischer und amerikanischer Bomber. Dementsprechend wurde die Bombardierung vom 16. Januar 1945 in der Öffentlichkeit als ein militärischer sowie schmerz- und leidensvoller Akt unter vielen am Ende eines „totalen Krieges“ gedeutet und erzielte keine reichsweite Aufmerksamkeit.

Wie Phoenix aus der Asche: Der 16. Januar in der Nachkriegszeit

Bald nach Kriegsende aber wurde die Erinnerung an den 16. Januar zum dominierenden Faktor der städtischen Gedenkkultur. Mit den Jahren entwickelte sich dieser Gedenktag schließlich zur Chiffre für den Luftkrieg und das Leid im Krieg allgemein.

Nach dem vollständigen Zusammenbruch des Deutschen Reichs waren die bisherigen Eliten delegitimiert. Die neuen – von der Sowjetunion eingesetzten und protegierten – Eliten setzten sich v.a. aus Angehörigen des Exils und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus zusammen. Sie standen vor der Herausforderung, eine neue, „demokratische“ Gesellschaft aufzubauen mit einer Bevölkerung, die (noch) vom Nationalsozialismus geprägt war. Daher ging es der (zunächst) sozialdemokratischen Stadtverwaltung um eine Poli-

tik der Inklusion. Dem Gedenken an die Widerstandskämpfer_innen und die „Opfer des Faschismus“ wurde so das Gedenken an die Toten des Bombenkriegs und die gefallenen Wehrmachtssoldaten als „unschuldige Opfer von Hitlers Krieg“ an die Seite gestellt.

Zugleich versuchte man an die vorhandene städtische Erinnerungskultur anzuknüpfen, wie sie vor allem im protestantischen Milieu und der sozialdemokratischen Stadtverwaltung vor 1933 gelebt wurde. Im Zentrum dieser Kultur stand das Gedenken an den 10. Mai 1631, das nun zum Anknüpfungspunkt auch für das Gedenken an den 16. Januar wurde. So fand die erste große Kundgebung für den Wiederaufbau der Stadt am 10. Mai 1946 statt – genau 315 Jahre nach der Zerstörung Magdeburgs im Dreißigjährigen Krieg. Beide Daten wurden schließlich zum Inbegriff sowohl des Verlusts als auch des Aufbauwillens. Deutlichen Ausdruck fand dies in der Ausstellung „Magdeburg lebt“ im Sommer 1947. Mit ihr sollte die Liebe zur (in Trümmern liegenden) Stadt und ein neuer kommunaler Gemeinschaftssinn befördert werden. Die Begleitveranstaltung zu „Magdeburgs Schicksalstag [10.05.1631] im Spiegel der Kunst“ verstand sich als Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger: Ebenso wie im 18. Jahrhundert werde sich auch jetzt Magdeburg wie ein Phoenix aus der Asche erheben.

Mit dem 16. Januar 1945 hatte sich die sechs Jahre angefügte und erlittene Gewalt des Zweiten Weltkriegs zu einer kollektiven Verlustgeschichte verdichtet, die zugleich als Befreiung verstanden wurde: „Wieder werden am 16. Januar die Glocken läuten, sie werden mahnen an den Schreckenstag von Magdeburg. Sie werden uns aber ebenso eindringlich mahnen, alle unsere Gedanken dem Aufbau und dem Frieden zu widmen. [...] Aber es erfasst uns trotz aller Schwere der Zeit immer wieder ein Aufatmen, daß wir der Terrorherrschaft des ‚Tausendjährigen Reiches‘ entronnen [...] sind.“ (Volksstimme vom 15. Januar 1949).

Wir klagen an: Der 16. Januar in den 1950er und 1960er Jahren

Mit der Eskalation des Kalten Krieges und der einsetzenden Stalinisierung der SBZ/DDR verschob sich der Deutungsrahmen des 16. Januars von einer lokal geprägten Gedenktradition hin zu einer national geprägten Gedenkkultur, die in den Dienst der Tagespolitik genommen wurde. Die Erinnerung an den Bombenkrieg wurde zentralisiert und auf die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 ausgerichtet. Lokal entwickelte sich dennoch der 16. Januar zu einem wichtigen Referenzpunkt im Selbstverständnis Magdeburgs. Um aber das jährliche kommunale Gedenkritual legitimieren zu können, wurde der Tag in den Dresdener Rahmen gepresst.

Die Ikonographie des 16. Januars wandelte sich. Überwogen zunächst Bilder des Überlebens und des Aufbruchs, traten bald Gräueldarstellungen sowie Bilder von Tod und Zerstörung in den Vordergrund. Nicht das Aufatmen über die Befreiung von der Nazibarbarei sondern die Anklage des „anglo-amerikanischen Imperialismus“ wurde zum Grundton des Gedenkens: „Gedenkt der Opfer des anglo-amerikanischen Terrorangriffs, kämpft gegen die Kriegsbrandstifter und für die Erhaltung des Friedens!“ (Volksstimme vom 15. Januar 1952).

Bis zum Beginn der 1960er Jahre etablierte sich eine Erzählung des 16. Januars, deren Topoi die gesamte DDR-Zeit prägen sollte und in

Teilen auch das Gedenken der Gegenwart bestimmt: Anklage des Imperialismus – Mahnung zum Frieden (in Sinne eines sowjetischen Hegemonialanspruchs) – Wieder- bzw. Neuaufbau von Stadt und Gesellschaft.

Anklage des „anglo-amerikanischen“ Imperialismus

Entkontextualisierung: Im Dienst der Systemauseinandersetzung im Kalten Krieg wurde das Gedenken aus dem historischen Kontext genommen. Ebenso wie in Dresden wurde auch in Magdeburg das Bild einer unschuldigen und vom Bombenangriff überraschten Stadt gezeichnet. In der Öffentlichkeit war die Rede von einem „heimtückischen Angriff“ (Volksstimme vom 16.01.1965) auf ein Gebiet, in dem „weit und breit kein militärisches Ziel lag“ (Volksstimme vom 16.01.1952). Mit einem „sinnlose[n] Zerstörungswerk an der Heimatstadt“ seien „Tausende wehrlose Menschen, darunter Frauen, Kinder und Greise, [...] sinnlos dahingemordet“ (Volksstimme vom 12.01.1955) worden.

Umdeutung: Befreit von der Geschichte des Nationalsozialismus erschien der alliierte Luftkrieg als erster Akt im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion: „Die Amerikaner wussten, was sie taten. Für sie unfäßbar schnell ging der Siegeszug [der Roten Armee, PB] nach Berlin. Das war eine Gefahr für sie und ihre imperialistischen Kriegstreiber“ (Volksstimme vom 16.01.1950). Vorrangiges Ziel der Angriffe sei es gewesen, „der künftigen sowjetischen Besatzungszone den Neubeginn so schwer wie irgend möglich zu machen“ (Volksstimme vom 16.01.1965). Zugleich wurde gedroht: „Aber die Menschen haben den 16. Januar nicht vergessen. Sie [...] wissen, daß dieses Unglück von den anglo-amerikanischen Imperialisten heraufbeschworen wurde.“ (Volksstimme vom 16.01.1950).

Verurteilung: Der wahre Feind, so die Lesart des 16. Januars, waren die „Anglo-Amerikaner“. Vor allem in den 1950er Jahren wurden in der Verurteilung der „imperialistischen“ Kriegsverbrechen – bewusst oder unbewusst – auf Sprache und Deutung des „Dritten Reichs“ zurückgegriffen. So hieß es in einer Schlagzeile der Volksstimme vom 16.01.1950: „Der anglo-amerikanische Imperialismus – der Todfeind des deutschen Volkes“. Wie im Nationalsozialismus wurden die Bombardierungen des Zweiten Weltkriegs in den Rahmen eines Weltanschauungskampfes gestellt: „Der Terrorangriff der anglo-amerikanischen Luftgangster auf unsere Elbestadt, auf Männer, Frauen, Greise und Kinder, war ein Beweis, mit welchen brutalen Mitteln der Imperialismus zu Werke geht, wenn es gilt, erhöhten Profit zu gewinnen.“ Am Ende stand die Warnung: „Denkt daran – so wie der Imperialismus am 16. Januar 1945 in Magdeburg sich zeigte, so will er auch in Zukunft wieder sein Haupt erheben und Millionen Menschen hinmorden“ (Volksstimme vom 16.01.1952).

Mahnung zum Frieden (im Sinne des sowjetischen Hegemonialanspruchs):

Die Verurteilung des „anglo-amerikanischen“ – und später „BRD“ – Imperialismus ging einher mit dem Aufruf zum Friedenskampf im Sinne des sowjetischen Hegemonialanspruchs. So diente das Gedenken an den 16. Januar auch immer der Mahnung zum Kampf in der Gegenwart: „Denkt daran! Mahnen die [...] Worte. [...] Setzt alle Kraft im Friedenskampf ein, damit sich dieser grauenvolle Tag nicht wiederholt. [...] Was heute in Korea geschieht, kann sich bei uns wie-

derholen. [...] Wir aber wehren diesen Kriegstreibern mit aller Kraft. Die Trümmer und die Toten des 16. Januar 1945 in Magdeburg mahnen, nie zu erlahmen im Kampf um den Frieden in der Welt“ (Volksstimme vom 16.01.1951). Auch der Wiederaufbau wurde in diesen Deutungsrahmen gepresst: „Tausende Magdeburger Aufbauhelfer drückten [...] ihren entschlossenen Willen aus, niemals zuzulassen, daß die Imperialisten und ihre westdeutschen Handlanger [...] die Menschheit erneut in einen völkermordenden Krieg stürzen“ (Volksstimme vom 17.01.1955).

Wiederauferstehung

Neben der Kampfrhetorik gegen die USA und Westdeutschland blieb der Topos der Wiederauferstehung Magdeburgs erhalten und diente weiterhin der Mobilisierung zum Wiederaufbau der Stadt – „Noch kann die Stadt ihre Wunden, die der Krieg geschlagen hat, nicht verbergen. [...] Aber überall regt sich neues Leben.“ (Volksstimme vom 16.01.1951) – und dem (sozialistischen) Neuaufbau der Gesellschaft – „Magdeburg war erwacht, hatte den Trümmerstaub abgeschüttelt und begann wieder eine Stadt zu werden – ohne Militaristen, Faschisten, Monopolisten und Junker.“ (Volksstimme vom 16.01.1960)

Wandel des öffentlichen Gedenkens

Sieben Jahre, bis 1952, dauerte es, bis sich ein ritualisiertes öffentliches Gedenken an den 16. Januar 1945 in Magdeburg etablierte. Angesichts der zentralen Vorhebung Dresdens war dies keine Selbstverständlichkeit und musste von den lokalen SED-Eliten gegen Ostberlin immer wieder verteidigt werden. In den 1960er Jahren fand dies seinen Ausdruck in den ersten Bemühungen, das Gedenken in Magdeburg als ein internationales Ereignis zu präsentieren: „Eine Delegation aus unserer französischen Patenstadt Hagondange sowie Delegationen aus gleichfalls im 2. Weltkrieg zerstörten Städten, wie Dresden, Leipzig, Dessau, Karl-Marx-Stadt, Zerbst und Halberstadt, werden als Gäste an den Feierlichkeiten teilnehmen“ (Volksstimme vom 12.01.1965).

Zunächst fanden die Gedenkveranstaltungen im Stadtzentrum statt. Um 12 Uhr ruhte unter dem Klang der Sirenen für zwei Minuten der Verkehr. Nachmittags wurden dann bei einer zentralen Gedenk Kundgebung auf dem Breiten Weg Blumen und Kränze niedergelegt. Begleitet wurden die Zeremonien mit dem Singen der Nationalhymne. Zwei Jahre später, am 16. Januar 1954 wurde das Gedenken mit einem Entrümmerungseinsatz als Auftakt des „Nationalen Aufbauwerks“ verbunden.

Das öffentliche Gedenken mit seiner Kampf- und Aufbauhethorik ließ jedoch wenig Raum für die Artikulation individueller Trauer. Dem versuchten zunächst zivilgesellschaftliche Akteure Rechnung zu tragen. So legten etwa 1953 Bürgerinnen und Bürger individuell Trauerkränze in die Trümmer des Stadtzentrums. Evangelische Kirche und CDU forderten (erfolglos) die Einführung des 16. Januars als ersten Gedenktag („Tanzverbot“). Um diese alternativen Aktivitäten einzudämmen, wurde das Gedenken schließlich zweigeteilt: Das Totengedenken fand ab 1955 allein auf dem Westfriedhof mit einer Kranzniederlegung statt. Und im Stadtzentrum wurden mit Trümmereinsätzen und einer zentralen Kundgebung die Lebenden mobilisiert.

Je länger der 16. Januar 1945 zurücklag und je weiter der Wiederaufbau Magdeburgs voranschritt, desto stärker rückte das Gedenken in den Dienst der Feier des Geleisteten. Dabei wurde auch an die „Wiederauferstehung“ der Elbestadt nach dem Dreißigjährigen Krieg erinnert und die „Pracht des alten Magdeburgs“ gefeiert. Musikalisch fand (und findet) dies seit dem 16. Januar 1961 mit der Aufführung der 9. Sinfonie Beethovens seinen Ausdruck. Wie schon im 18. Jahrhundert sollte Magdeburg „durch die Nacht zum Licht“ gelangen. Die Betonung des Geleisteten war dabei auch eine Reaktion auf die zeitgenössische Interpretation der Fehlentwicklungen im Wiederaufbau als „dritte Zerstörung der Stadt“.

Renaissance des Gedenkens: Die 1980er und 1990er Jahre

Der 25. Jahrestag der Bombardierung am 16. Januar 1970 stellte das vorläufige Ende der geschichtspolitischen Indienstnahme des Gedenkens in Magdeburg dar. Vor dem Hintergrund der europäischen Entspannungspolitik und der internationalen Verständigung trat im Gedenken der Topos der Anklage des Imperialismus in den Hintergrund. Mit den politischen Kampagnen gegen den NATO-Doppelbeschluss nahm zu Beginn der 1980er Jahre die Instrumentalisierung des Gedenkens für die Tagespolitik wieder zu. So wurde der 16. Januar 1980 als Kampftag gegen die NATO begangen. Nach der Totenehrung auf dem Westfriedhof sowie Gedenk- und Kulturveranstaltungen an allen Schulen nahmen am Nachmittag auf dem Alten Markt 70.000 Menschen an einer „Großkundgebung“ teil. In der Volksstimme hieß es an diesem Tag: „Damit unsere Mühe nicht umsonst war, ist dieser 16. Januar [...] ein Kampftag gegen Imperialismus und Krieg.“ Einen Tag später berichtete die Zeitung von einer „machtvollen Demonstration des Willens der Bürger unserer Stadt. Sie bekundet[en] ihre Entschlossenheit, alles in ihren Kräften stehende für die Sicherung des Friedens zu tun, und verurteil[t]en die Raketenbeschlüsse der NATO.“

Zugleich intensivierte die Stadt ihren Kampf um die nationale und internationale Anerkennung des Gedenkens. Der 16. Januar sollte endlich aus dem Schatten des 13. Februars herausgehoben werden und Magdeburg aus dem Schatten Dresdens treten. Ganz im Sinne der Gedenktradition der 1950er Jahre wurde dabei das Bild Magdeburgs als unschuldige Märtyrerstadt gezeichnet. Magdeburg präsentierte sich als „Nagasaki der DDR“ und engagierte sich auf internationalen Friedenskonferenzen. Die Kontakte zur japanischen Partnerstadt Nagasaki wurden intensiviert. Im Januar 1983 präsentierte Magdeburg dann die Ausstellung „Hiroshima/Nagasaki – Mahnung und Verpflichtung.“ Und die bestehe, so Oberbürgermeister Werner Herzig, darin, „dass es nie wieder verbrannte Städte wie Magdeburg und Dresden oder gar Hiroshima und Nagasaki geben darf.“

Mit dem 40. Jahrestag des Bombenangriffs 1985 wurde der 16. Januar endgültig zum zentralen Gedenktag Magdeburgs erhoben. Der Kulturkalender der Stadt erklärte den Tag zum gesellschaftlichen Höhepunkt und stellte ihn den nationalen Feiertagen des 8. Mai und des 7. Oktobers gleich. Begleitend zum Gedenken wurden unzählige Veranstaltungen organisiert. Unter anderem zeigte man im Haus der DSF (Deutsch-Sowjetische Freundschaft) die Ausstellung „Erinnerung an Magdeburg – Der 16. Januar 1945“. Unter Verwendung von Großfotos wurden das „alte“ und „neue“ Magdeburg nebeneinander gestellt. Zwei Jahre später entstand daraus eine Ausstellung mit 300

Fotos zum Breiten Weg. Außerdem wurde das offizielle Gedenken durch eine eindrückliche Sammlung von Augenzeugenberichten begleitet. Die Volksstimme veröffentlichte auf dieser Grundlage am 11. Januar 1985 eine Sonderbeilage „Magdeburg verglühte im Feuersturm“. Der 16. Januar selbst wurde mit einer Großkundgebung – an ihr nahmen 80.000 Menschen teil –, einer Kranzniederlegung, einem Gedenkgottesdienst im Magdeburger Dom und der obligatorischen Aufführung von Beethovens 9. Sinfonie begangen.

Auch nach der Friedlichen Revolution und dem Ende der DDR blieben die etablierten Topoi des Gedenkens an den 16. Januar weitgehend erhalten, freilich unter Entfernung der Kalten-Kriegsrhetorik. Bereits 1989 fand dies seinen Niederschlag in den Mahnungen für eine Politik des Friedens und Entspannung. Dem trug auch die Teilnahme des Oberbürgermeisters der Partnerstadt Braunschweig Rechnung, der in seiner Gastrede forderte, „alles zu tun, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg sondern immer nur Frieden ausgeht“ (Volksstimme vom 17.01.1989). Zugleich wurde erneut an Magdeburgs „erste Zerstörung“ 1631 erinnert, ein Bezugspunkt, der seitdem bis heute den Gedenkdiskurs prägt. So beklagte die Volksstimme am 17.01.1990, dass Magdeburg 1945 „zum zweiten Male innerhalb 300 Jahre Opfer kriegereischer Handlungen“ geworden sei. Geblieben waren auch die historische Entkontextualisierung des Bombenangriffs sowie die Indienstnahme des Gedenkens für die Tagespolitik, etliche Jahre durchaus weiter im Geist des alten „Antiimperialismus“. Die Volksstimme sprach weiterhin von einem „anglo-amerikanischen Terrorangriff und die „sinnlose Zerstörung der Stadt“ (17.01.1991). Und die Ereignisse sollten weiter zum Frieden mahnen, ob nun mit Bezug zum ersten Golfkrieg oder zu den Kriegen im zerfallenen Jugoslawien. Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang vor allem NATO und USA.

Eine Renaissance erlebte der Topos der Wiederauferstehung, diesmal unter Bezugnahme auf die städtebauliche Erneuerung ab Ende der 1980er und dann vor allem seit den 1990er Jahren. So wurde am 16.01.1989 die wieder „blühende Großstadt“ Magdeburg gepriesen, 1991 der geplante Wiederaufbau der Johanniskirche begrüßt sowie 1995 im Rahmen der Ausstellung „Dann färbte sich der Himmel blutrot“ die architektonischen Restaurationsbemühungen und Neubauprojekte der Nachwendezeit gewürdigt. In diesem Zusammenhang wurde auch der Mythos „Trümmerfrau“ wiederbelebt – am 50. Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs lud der Oberbürgermeister überlebende Aufbauhelferinnen der Nachkriegsjahre zum Empfang in Rathaus.

Kampf um die Erinnerung: Die Ausdifferenzierung des Gedenkens

Bis in die 2.000er Jahre hinein wurden unhinterfragt auch die präsentierten „Fakten“ zur Bombenacht aus den 1950er Jahren übernommen. Immer wieder war in den Zeitungsmeldungen und in den Gedenkansprachen die Rede von „16.000 wehrlosen Menschen“, die bei dem Angriff ums Leben gekommen seien. (Volksstimme vom 17.01.1990). Auch die Ausstellung des Kulturhistorischen Museums 1995 sprach von einem „glühenden Inferno“ mit 16.000 Opfern. Auch in den letzten Jahren wird diese Zahl immer wieder aufgegriffen – und das nicht nur durch Neonazis. Allzu hartnäckig scheinen sich Mythen gegenüber den historischen Fakten zu halten. Bereits 1952 hatte der Friedhofwärter Erwin St. akribisch Akten ausgewertet und

kam auf die Zahl von etwa 1.700 bestatteten Bombenopfern. Ebenfalls in den 1950er Jahren sprach ein Bericht des ehemaligen Polizisten Peter M. von möglicherweise 2.900 Opfern. Mitte der 1980er Jahre schließlich schätzte der Journalist Rudi Hartwig die Zahl der Toten nach umfangreichen Recherchen auf 2.700. Seitdem ist seinen Forschungen sowie den Historikern Manfred Wille und Wolfgang Böttger zu verdanken, eine realistische Einschätzung der Opferzahlen geben zu können. Demnach kamen bei dem Bombenangriff vom 16. Januar 1945 etwa 2.000 Menschen ums Leben.

Bei aller Wirkmächtigkeit der tradierten Topoi hat sich das Gedenken an den 16. Januar in den letzten Jahrzehnten ausdifferenziert – sowohl was die Formen als auch was die Akteure der Erinnerung betrifft. Erstmals nach 1965 lud die Evangelische Kirche am 16. Januar 1980 zum Friedensgebet in die Walloner Kirche, ab 1981 dann vor das Barlach-Ehrenmal in den Dom. Im Schatten des offiziellen Gedenkens etablierte sich so ein alternativer Gedenkdiskurs, der den Nationalsozialismus als Vorgeschichte des Bombenangriffs wieder in den Blick nahm sowie den Fokus auf Versöhnung und Verantwortung legte: „Ehe eine Bombe auf Magdeburg fiel, sind viele Städte in der Sowjetunion, in England in gleicher Weise von Deutschen zerstört wurden. [...] In gemeinsamer Achtung und im Frieden sollen alle Menschen die Erde verantwortlich gestalten“ (Superintendent Dietrich Schleerbaum am 16.01.1985). Spätestens mit der Friedlichen Revolution und dem demokratischen Neuanfang etablierten sich die alternativen Topoi auch in der offiziellen Gedenkkultur. So mahnte Oberbürgermeister Werner Nothe am 16.01.1990: „Auch die später geborenen sollen wissen, was geschah, wie es geschah und warum es geschah.“ und Superintendentin Almuth Nötzel ergänzte: „Seien wir wachsam, gerade in dieser Zeit, wo die Chance besteht, etwas neu zu machen.“

In der Volksstimme vom 17. Januar 1990 war schließlich der zentrale Leitgedanke zu lesen, der seitdem das öffentliche Gedenken an den 16. Januar prägt: „Der Krieg war in sein Ausgangsland zurückgekehrt, auch in unsere Stadt.“ Ergebnis der Differenzierung des Gedenkens war 1995 auch die Neugestaltung des „Luftopferfeldes“ auf dem Westfriedhof. Hier wurde der traditionelle und anklagende Stil des Ehrenhains zugunsten einer offeneren Gestaltung überwunden, die Raum für den Diskurs lässt. Nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit den Neonaziaufmärschen seit Ende der 1990er Jahre rückten im öffentlichen Gedenken an den 16. Januar die historische Kontextualisierung sowie die „Lehren aus der Geschichte“ in den Vordergrund (vgl. z.B. „Tränen der Erinnerung und Worte gegen den Hass“, Volksstimme vom 17.01.2005).

Der 16. Januar bleibt umkämpft. Um ihn nicht der extremen Rechten oder den tradierten Deutungsmustern der DDR zu überlassen, bedarf es eines reflektierten und kritischen Umgangs mit seiner Geschichte. Hierzu gehören die Anerkennung der Mittäterschaft Magdeburgs an den Verbrechen des Nationalsozialismus und die Würdigung seiner Opfer. Es gilt Formen der Erinnerung zu finden, die Schlussfolgerungen für eine menschenrechtsorientierte Gegenwart ermöglichen, ohne dabei die Toten des Bombenangriffs zu instrumentalisieren. Schließlich braucht es die Wahrnehmung der vielfältigen Perspektiven auf den 16. Januar. Was damals für die einen als Mitglieder der „Volksgemeinschaft“ ein Akt des Terror war, war für die anderen als Opfer des NS-Regimes ein Akt der Befreiung.

Pascal Begrich

Chronik zum 16. Januar, den Nazis und den Protesten

Zusammenstellung: Christine Böckmann

1998

16.01.1998

8 Neonazis nehmen an der städtischen Gedenkkundgebung auf dem Westfriedhof teil.

1999

16.01.1999

Ca. 20 Neonazis nehmen an der städtischen Gedenkkundgebung auf dem Westfriedhof teil. Die rechtsextreme „Initiative gegen das Vergessen“ bezeichnet dies auf ihrer Internetseite als Beginn ihres „Engagements“.

2000

16.01.2000

An der städtischen Gedenkkundgebung nehmen ca. 80 Neonazis (auch aus dem Umland) teil.

2001

14.01.2001

Am „Trauermarsch“ von NPD und „Initiative gegen das Vergessen“ auf dem Westfriedhof nehmen ca. 140 Neonazis teil.

16.01.2001

Linke Jugendliche protestieren gegen die Teilnahme von Neonazis bei der städtischen Gedenkkundgebung.

2002

19.01.2002

Etwa 300 Neonazis führen einen Aufmarsch vom Olvenstedter Platz zum Westfriedhof durch.
Das Bündnis gegen Rechts (BgR) veranstaltet am Wilhelmstädter Platz eine Kundgebung „gegen den Missbrauch der Geschichte“. Redner sind Domprediger Quast und Oberbürgermeister Dr. Trümper.
Ein „Antifaschistisches Aktionsbündnis“ protestiert mit einer Demonstration vom Schellheimer Platz zum Westfriedhof.

2003

18.01.2003

Etwa 400 Nazis aus Sachsen-Anhalt und Norddeutschland marschieren vom Hauptbahnhof zum Westfriedhof und führen dort eine Kundgebung durch. Dagegen gibt es drei Protestveranstaltungen.

2004

17.01.2004

Etwa 200 Nazis nehmen an einer Gedenkkundgebung der „Initiative gegen das Vergessen“ auf dem Westfriedhof teil.

Mitglieder von Antifa-Gruppen und BgR versammeln sich am Westfriedhof und versuchen erfolglos, in Sicht- und Hörweite der Nazis zu protestieren.

November 2004

Der Stadtrat beschließt einstimmig, der OB solle versuchen, den Aufmarsch mit einem Verbot zu verhindern (VSt 16.12.2004)

Dezember 2004

OB Trümper: „Ganz bewusst wollen wir nicht zu einer Gegendemonstration zur gleichen Zeit aufrufen, um Konfliktsituationen zu vermeiden.“ (zit. n. VSt 16.12.2004)

2005

13.01.2005

„Polizei warnt: In der Innenstadt Autos nicht am Straßenrand parken: Verkehrseinschränkungen durch zwei Demonstrationzüge in Magdeburg“ (Vorberichterstattung in der VSt 13.01.2005)

15.01.2005

Zum 60. Jahrestag der Bombardierung versammeln sich ca. 1.400 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet auf dem Domplatz zu einer „Trauerkundgebung“ (Redner sind u.a. Jürgen Rieger und Thomas Wulff). Der Aufmarsch im Anschluss führt über einen Zwischenstopp auf dem Alten Markt Richtung Hauptbahnhof.
Das Bündnis gegen Rechts organisiert mit „Augen auf Magdeburg! Gedenken“ mehrere Protestveranstaltungen: Friedensgebet und Mahnwache im Dom, eine Demo mit dem antifaschistischen Aktionsbündnis, Mahnwachen und eine „Kehraktion – wider den braunen Ungeist“.

Nachmittags steht eine friedliche Blockade auf der Kreuzung E.-Reuter-Allee/O.-von-Guericke-Straße. Darum wird die Route der Nazis verkürzt und ihre Abschlusskundgebung findet auf der Kreuzung O.-von-Guericke-Straße / Am Alten Theater statt.
Erstmals hängt die Stadt Transparente an der Route der Nazis und in der Stadt auf. In einem Kommentar in der Volksstimme heißt es dazu: „Es ist wichtig ..., dass die Stadt den Marschierern von heute auf Plakaten über die Köpfe schreibt, wer sie sind: Nazis.“ (VSt 15.01.2005)

.....
16.01.2005
.....

Nazis legen Kränze am Westfriedhof nieder. Anschließend bewacht die Polizei die Kränze, damit diese nicht entfernt werden können.

|
2006

.....
Januar bis März 2006
.....

Unter dem Titel „früh aufwachen“ organisiert das BgR eine Veranstaltungsreihe, um nicht nur zum Protest aufzurufen, sondern auch Möglichkeiten zur inhaltlichen Auseinandersetzung zu schaffen.

|
14.01.2006
.....

„In diesem Jahr entschloss man sich dazu, im Rahmen einer Kranzniederlegung auf dem Westfriedhof den Opfern des Bombenholocaust zu gedenken und im Anschluß eine Saalveranstaltung mit Hans-Joachim von Leesen, dem Autor des Buches „Bombenterror – Der Luftkrieg über Deutschland“ durchzuführen.“ (O-Ton gedenkmarsch.de) Ca. 400 Nazis nehmen teil.

Die Nazis werden z.T. mit Bussen der MVB zum Westfriedhof transportiert.

An der gleichzeitig stattfindenden Kundgebung des BgR am Haupteingang des Westfriedhofs nehmen ca. 250 Personen teil.

„Als gegen 15 Uhr etwa zwei dutzend Gegendemonstranten ... [vom BgR] Kränze am Ehrenhain für ermordete Antifaschisten niederlegen (weil sie ihre Kränze nicht neben denen von Rechts platzieren wollen), werden sie von gut der doppelten Polizisten-Zahl eskortiert.“ (VSt-Bericht vom 16.01.2006)

„Die ‚offizielle‘ Stadt hat sich in diesem Jahr zur ‚Strategie ignorieren‘ entschieden. An den Gesichtern unbeteiligter Friedhofsbesucher im Angesicht der Neonazis ist abzulesen, wie schwer das fällt.“ (VSt-Bericht vom 16.01.2006)

|
16.01.2006
.....

An der städtischen Gedenkfeier nehmen ca. 10 Nazis teil.

|
Januar 2006
.....

Aus einem Bericht auf „Mut gegen rechte Gewalt über den 14. Jan. 2006: „Vertreter/innen des Bündnis kritisierten, dass sich kaum Politiker/innen an der Protestveranstaltung beteiligten. Ebenso wünschten sie sich ein größere Sensibilität der Magdeburger Bevölkerung der Thematik gegenüber.“

|
Dezember 2006
.....

Der Stadtrat beschließt eine Änderung der Friedhofssatzung: „Auf dem Westfriedhof sind im Monat Januar mit Ausnahme einer städtischen Gedenkfeier alle Totengedenkfeiern oder andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen verboten“.

2007

.....
13.01.2007
.....

Etwa 250 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet nehmen an einem „Trauermarsch“ vom Hauptbahnhof Richtung Westfriedhof teil. Blockaden sorgen für einen stundenlangen Zwischenstopp in Höhe der Annastraße. Die Proteste zwingen den Aufmarsch zu einer Abschlusskundgebung noch vor Erreichen des Westfriedhofs.

Das BgR organisiert eine Kundgebung und eine Menschenkette (ca. 250-300 TN) am Westfriedhof sowie einen Gedenkweg durch die Innenstadt (ca. 80 TN).

Im Vorfeld hat das BgR erstmals einen Aufruf mit Erstunterzeichner_innen veröffentlicht. Titel: „Früh aufwachen gegen Rechts!“

|
15.01.2007
.....

Eine Lesung von Hannes Heer in der Stadtbibliothek kann nur unter Polizeischutz stattfinden. Während der Lesung demonstrieren ca. 40 „Nationale Sozialisten“ vor der Bibliothek.

|
16.01.2007
.....

Nazis nehmen an der städtischen Gedenkveranstaltung teil. Der OB lässt daraufhin einen Kranz der Rechten entfernen. Anschließend demonstrieren ca. 25 Nazis vor seinem Privathaus.

|
17.01.2007
.....

PD Magdeburg - Pressemitteilung Nr.: 023/07 vom 17.01.2007:

„Am gestrigen 16.01.07 wurde die Polizei gegen 19.20 Uhr durch den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg fernmündlich informiert, dass vor seinem Wohnsitz ... eine Spontandemo stattfindet.

Durch die Einsatzkräfte wurden vor dem Wohngrundstück 23 Personen festgestellt, welche der rechten Szene zu zuordnen sind. Diese führten Plakate und Transparente bei sich.“

|
18.02.2007
.....

Brief des BgR an OB Dr. Trümper, 18.02.2007

„Das konsequente Vorgehen der Stadt gegen den Missbrauch der offiziellen Gedenkfeier am 16. Januar hat gegenüber der neonazistischen „Initiative gegen das Vergessen“ sowie gegenüber der Öffentlichkeit ein deutliches Zeichen gegen Geschichtsrevisio-

nismus und Volksverhetzung gesetzt.“

|
18.11.2007
.....

Die Internetseite des BgR geht online.

2008

.....
16.01.2008
.....

Erstmals rufen BgR und OB Dr. Trümper gemeinsam bei einer Pressekonferenz im Rathaus zur Teilnahme an den Protesten auf. OB Dr. Trümper: „Wir haben in der Stadt jahrelang darüber gestritten, und auch ich habe dazu verschiedene Meinungen gehabt, ob wir die rechtsextremen Aufmärsche einfach ignorieren oder dagegen auf die Straße gehen sollten, auch auf das Risiko hin, dass Container brennen und Flaschen fliegen. Aber wir sind zur

Erkenntnis gekommen, dass wir den Rechten an diesem Tag nicht die Straße überlassen dürfen.“ (zit. n. VSt 17.01.2008)

.....
16.01.2008
.....

Mahnwache von NPD, Jungen Nationaldemokraten und „freien Kräften“ im Stadtzentrum mit ca. 40 TN.

.....
19.01.2008
.....

Zu einem Aufmarsch durch die Innenstadt - u.a. vorbei am Mahnmal für die 1938 zerstörte Synagoge - versammeln sich 600 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Auf dem Alten Markt findet eine Zwischenkundgebung statt.

500 Personen nehmen an der Demonstration des BgR unter dem Motto „Trauer und Protest“ vom Westfriedhof zum Hundertwasserhaus teil.

Im Anschluss kritisiert das BgR „... den polizeilichen Umgang mit einer Antifa-Demonstration... Die Teilnehmer dieser Demonstration wurden von der Polizei grundlos stundenlang an einer Stelle festgesetzt und durften ihre Wegstrecke nicht wie geplant fortsetzen. Statt dessen ließ die Polizei dem Neonazi-Aufzug den Vortritt...“ (aus der Pressemitteilung des BgR vom 19.01.2008)

Den Aufruf des BgR zu den Protesten unterzeichnen im Vorfeld 36 Erstunterzeichner_innen.

.....
26.08.2008
.....

Bei der Sitzung des BgR entsteht die Idee, im kommenden Januar mit einer „Gesamtmeile über den Breiten Weg“ die Innenstadt zu besetzen.

16.12.2008
.....

Das BgR veröffentlicht einen Aufruf zur Teilnahme an der (ersten) „Meile der Demokratie“ am 17.01.2009. Die Organisation der „Meile der Demokratie“ übernehmen Freiwillige des BgR und ein „Organisationsbüro“ bei Miteinander e.V. mit Freiwilligendienstleistenden der AGSA.

.....
2009
.....

16.01.2009
.....

Im Anschluss an die städtische Gedenkveranstaltung legt Andreas Biere einen Kranz am Mahnmal auf dem Westfriedhof nieder.

.....
17.01.2009
.....

700 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet laufen vom Nicolaiplatz zum Hauptbahnhof. Wegen einer „gemeinsame[n] Blockade von Kriminellen und Stadtvätern“ (O-Ton gedenkmasch.de) an der Johanneskirche kann dort keine Zwischenkundgebung stattfinden.

An der ersten „Meile der Demokratie“ beteiligen sich über 120 Organisationen, Vereine, Parteien und öffentliche Einrichtungen. Den Aufruf dazu hatten 83 Einzelpersonen und Organisationen unterzeichnet. Es kommen rund 5.000 Besucher_innen. Zwischenzeitlich steht eine Menschenkette als „Band der Demokratie“ um das Rathaus.



Kommentar in der Volksstimme, 19.01.2009

„Als das Bündnis gegen Rechts eine Menschenblockade aufbaute, durften bekannte Neonazis und ihre 'Kameraleute' bis auf drei Meter heran, sich in Großmannpose vor ihnen aufbauen, fotografieren und filmen. ... Das war nicht akzeptabel. Besser gewesen wäre ein Signal an die Gegendemonstranten ...: Keine Angst, wir schützen euch vor den Neonazis.“

28.11.2009

Die „Meile der Demokratie“ bekommt einen Account bei Facebook.

Dezember 2009

Für die „Meile der Demokratie“ wird eine eigene Internetseite eingerichtet.

2010

16.01.2010

Ca. 1.000 Nazis versammeln sich am Hauptbahnhof und laufen vorbei am Innenministerium bis zum Bahnhof Buckau. Auf gedenkmarsch.de schreiben sie hinterher: „Die Vorbereitungen liefen recht reibungslos und die Polizeiführung sowie Versammlungsbehörde haben sich äußerst kooperativ verhalten, wodurch es unter anderem möglich war, dass am 16.01.2010 ein würdiger und disziplinierter Gedenkmarsch in Magdeburg durchgeführt werden konnte.“

Ca. 5.000 Menschen besuchen die 2. Meile der Demokratie entlang des Breiten Wegs mit 5 Bühnen und ca. 115 Mitwirkenden.

Erstmals gibt es zur Vorbereitung der „Meile der Demokratie“ ein Organisationsbüro bei der Stadtverwaltung.

18.01.2010

Die Volksstimme titelt: „Magdeburger erteilen Extremisten eine Abfuhr“

Im Anschluss wird heftig diskutiert, ob man am Jahrestag der Bombardierung ein „Volksfest“ feiern könnte.

04.06.2010

Ideenwerkstatt des BgR zur „Umgestaltung und Vorbereitung der Meile der Demokratie“. Beschlossen werden eine räumliche Konzentration der Meile und eine zentrale Auftaktveranstaltung.

26.11.2010

Antrag des Stadtrates Matthias Gärtner (NPD) an den Stadtrat „Der Stadtrat möge beschließen: Die Stadtverwaltung als Mitorganisator der durch den linken 'Miteinander e.V.' durchgeführten Veranstaltung 'Meile der Demokratie 2011' wird beauftragt, das geplante Programm unter Gesichtspunkten einer natürlichen und der trauernden Bevölkerung entsprechenden Pietät durchzuführen. ...

Begründung: ... Seit über 10 Jahren setzt sich die rechtsgerichtete 'Initiative gegen das Vergessen' für eine würdevolle Erinnerungskultur in der Landeshauptstadt ein. ... Seit 2 Jahren wird der Trauertag auch politisch gebraucht, indem Parteien der politischen Linken und der Mitte versuchen, einen politischen 'Gegenpol'



gegen den Trauermarsch von Rechts zu setzen. Die Veranstaltung unter dem Namen 'Meile der Demokratie' versucht dabei, eine mediale Fokussierung unter dem gesellschaftlich-tolerierten Mantel des 'Kampfes gegen Rechts' zu erreichen."

2011

15.01.2011

taz-Artikel „Vielleicht nächstes Jahr“: „In Magdeburg überwiegt derweil das gegenseitige Misstrauen. Nur um „Imagepflege“ gehe es den Stadtoberen, sagen die Autonomen. Nur um Action gehe es den Autonomen, sagen die Stadtoberen.“

Der Aufmarsch von 1.200 Nazis läuft vom Hauptbahnhof über die Otto-von-Guericke-Straße mit Kundgebungen vor dem Innenministerium und vor dem Gesellschaftshaus zum Bahnhof Buckau.

3. Meile der Demokratie auf dem Breiten Weg mit über 6.000 Besucher_innen.

Bei der Kunstaktion „Mein rechter, rechter Platz bleibt leer“ gibt es einen Zwischenfall: Der Stuhl, auf dem Generalintendantin Karen Stone sitzen sollte, wird zertrümmert und das angebrachte Schild, das auf ihren Interviewtermin hinweist, angezündet.

23.02.2011

Im BgR-Auswertungstreffen zum 15.01.2011 wird diskutiert, den Willy-Brandt-Platz mit einzubeziehen. Es wird betont, dass dies eine „Ergänzung“ zur Meile sein solle und kein „Gegenmodell“.

16.05.2011

Das BgR diskutiert in einer langen Sitzung die „Blockadefrage“. Weil es zu dieser Aktionsform unterschiedliche Positionen im BgR gibt, wird beschlossen, nicht selbst zu Blockaden aufzurufen. Gemeinsamer Konsens aller ist die Ablehnung von Gewalt. 2012 soll die „Meile“ durch eine sog. „mobile Meile“ ergänzt werden, die andere Orte außerhalb des Breiten Wegs besetzt und mobile Aktionen in der Stadt fördert.

08.06.2011

Erstes Treffen der BgR-AG „Mobile Meile“, die über den Breiten Weg hinausdenken will.

05.12.2011

Das BgR veröffentlicht einen Flyer zur Werbung für die 4. Meile der Demokratie und ein Veranstaltungsprogramm von Anfang Dezember 2011 bis Februar 2012.

07.12.2011

Aufruf „14. Januar: Den Nazis das Trauern beibringen!“ auf blockierenmd.tk: „Unsere Solidarität gilt all jenen, die an diesem Tag mit uns oder auf anderen Wegen versuchen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Von stationären Protestmeilen, Bratwurst-Antifaschismus und Bühnenprogrammen mit Polizei-orchestern halten wir dagegen rein gar nichts.“

20.12.2011

„Die 'Magdeburger Verhältnisse' und das 'Bündnis gegen Rechts'“
Anonymer Artikel auf linksunten.indymedia.org

„Die Kriminalisierung und Ausgrenzung antifaschistischen Engagements übernimmt das 'Bündnis gegen Rechts' (BgR). ... Zivilcourage gegen rechte Gewalt ist in Magdeburg mehr so ein symbolischer Akt. ... Mehr oder weniger subtile Beschimpfungen gegen Magdeburger AntifaschistInnen gehören zur Politik des BgR wie die Begünstigung der Bündnispartner. ... eine 'Meile der Demokratie' ist weder in der Lage noch dazu gedacht, den Nazis räumlich entgegenzutreten. Das sind nur Lippenbekenntnisse, ein symbolischer Akt.“

2012

04.01.2012

Gedenkmarsch.de veröffentlicht die „Internen Auflagen“ für den „Trauermarsch“ am 14.01.2012: „Gestattet sind Transparente, die der Thematik der Bombardierung deutscher Städte, sowie dem Andenken der millionenfachen deutschen Opfer entsprechen. Darüber hinaus ist es gestattet, dass der Zeitgeist thematisiert wird, sowie die Aufgabe der Geschichtswissenschaft.“

09.01.2012

Miteinander e.V. veröffentlicht ein Impulspapier „Trauermarsch und Feuerschein. Der Nazi-Aufmarsch anlässlich des 16. Januars in Magdeburg“.

Volksstimme vom 13.01.2012

Titel: „Morgen gibt es Behinderungen“

„Im Zusammenhang mit den angemeldeten Demonstrationen bzw. Aktionen im Vorfeld des 67. Jahrestages der Zerstörung Magdeburgs ... muss morgen mit erheblichen Behinderungen in der Innenstadt gerechnet werden.“

14.01.2012

Der Naziaufmarsch mit 1.000-1.200 Teilnehmenden vom Bhf Buckau / Nicolaiplatz Richtung Süden wird auf der Gareisstraße lange durch eine friedliche Blockade von Menschen in Häftlingskleidung aufgehalten. Das Bild dieser Blockade bestimmt die Berichterstattung über den Tag.

Ca. 10.000 Menschen nehmen an den Aktionen im Rahmen der 4. „Meile der Demokratie“ teil. Das Programm geht erstmals über den Breiten Weg hinaus: Es gibt eine öffentliche mobile Lesung, erstmals eine Sonderstraßenbahnfahrt für Senior_innen, ein Mahngebiet in der Nicolaikirche, eine große Kundgebung an der Synagoge und einen Theateraktionstag im und am Schauspielhaus. An verschiedenen Orten beteiligt sich Prominenz aus der Bundespolitik. „Nazis? Kannste knicken“ organisiert mobilen „independent“-Protest. Am Uniplatz steht daher „Nazis wegbassen“. Abends eskaliert die Situation in der Alexander-Puschkin-Straße.

Februar 2012, Artikel „Der 14. Januar als Chance“ im „kulturschwärmer“

„Wenn alle (!) Seiten in Magdeburg einen gemeinsamen, verbindlichen gewaltfreien ‘Aktionskonsens’ wie in Dresden oder Jena finden, würden die Akteure des Protests (noch) näher zusammenrücken und die Voraussetzung dafür schaffen, dass auch Magdeburg ‘nazifrei’ werden kann. Es wäre jetzt, nach dem 14. Januar 2012 ein guter Zeitpunkt, diese Chance wahrzunehmen.“

22.02.2012

Das BgR-Auswertungstreffen diskutiert die Frage der Zusammenarbeit mit anderen. Kritiker_innen werfen dem BgR vor, die Meile als „Gewissensberuhigung“ zu veranstalten. Für 2013 soll das Konzept für „mobile Aktionen“ ausgeweitet werden.

November 2012

Für den Januar 2013 haben die Nazis zwei Samstage angemeldet: 12. und 19. Januar.

Für den 12. Januar plant das BgR die „Meile der Demokratie“, für den 19. Januar ein Konzept mit verschiedenen Aktionsorten unter dem Motto „Kein Tag für Nazis!“

04.12.2012

Mobilisierungstreffen des BgR

Die Botschaft im Januar soll sein: „Es gibt keinen Tag, an dem die Nazis unbehelligt marschieren können, ohne dass das demokratische Magdeburg aufsteht.“

17.12.2012

Pressegespräch im Vorfeld: Die Polizei rechnet im Januar 2013 mit 1.500-2.000 Nazis.

2013

11.01.2013

Innenminister Stahlknecht in der Volksstimme: „Der Polizeieinsatz für diesen Demonstrationstourismus kostet den Steuerzahler rund eine Million Euro.“ Es kursiert eine Zahl von 500-700 gewaltbereiten Gegendemonstrant_innen.

Artikel „Magdeburg Nazifrei? – Kannste knicken!“ der „AG KOMA“ auf linksunten.indymedia.org, 11.01.2013

Das BgR „... ist eben nur ein Bündnis gegen störende Nazis, welches aber rechtes Gedankengut weder antastet noch kritisiert, solange es aus der Mitte der Gesellschaft kommt. ... [Es] will lediglich erreichen, dass menschenverachtende Einstellungen nicht in der Öffentlichkeit zum Vorschein kommen. Denn in welch schlechtem Licht würde dann die schöne Stadt Magdeburg stehen?“

12.01.2013

Ca. 800 Nazis beginnen nach langem Hin und Her am Bahnhof SKET. Eine Zwischenkundgebung dürfen sie direkt vor dem Libertären Zentrum durchführen. Ende ist am Bahnhof Salbke.

Da vorher vermutet wurde, dass der Aufmarsch in Ostelbien stattfindet, versuchen viele Gegendemonstrant_innen, quer durch die Stadt dorthin zu gelangen. Die Polizei setzt u.a. Reiterstaffeln ein. Die Mitteldeutsche Zeitung titelt hinterher: „Katz-und-Maus-Spiel mit Gegendemonstranten“ (14.01.2013)

Auch auf der nun 5. Meile der Demokratie ist es unruhiger. Dennoch kommen rund 12.000 Besucher_innen. Außerhalb des Breiten Wegs gibt es mobil „Nazis wegbassen“, eine Straßenbahnsonderfahrt für Senior_innen und ein Theaterstück für Familien im Schauspielhaus.

„Kritisch bewertete das Bündnis gegen Rechts das Agieren der Polizei gegenüber den Protesten. So führte die deutlich erhöhte Präsenz der Polizei auf der Meile zur Verunsicherung zahlreicher Besucher_innen. Überdies verhinderte der Polizeieinsatz auch friedliche Proteste in Sicht- und Hörweite des Nazi-Aufmarschs. Die aber sollte möglich sein.“ (aus der Pressemitteilung des BgR vom 12.01.2013)

Der Innenminister bezeichnet die „Meile der Demokratie“ in einer Pressemitteilung am Abend als ein „friedliches Bürgerfest“.

16.01.2013

Das BgR kritisiert in einer Pressemitteilung die politische Einsatzstrategie am 12. Januar: „Die Polizei kam an diesem Tag den Interessen der Neonazis weiter entgegen als unter Beachtung des Versammlungsrechts notwendig. Insbesondere die von den Neonazis angemeldete Zwischenkundgebung vor dem soziokulturellen Zentrum LIZ war eine durch die Neonazis kalkulierte politische Provokation, der ohne Grund nachgegeben wurde. ... Mit einer Einsatzstrategie wie am 12. Januar stellt die Polizei die Organisation und Durchführung von Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche in Frage.“

17.01.2013

Das BgR zeigt den Dokumentarfilm „Come together. Dresden und der 13. Februar“ und diskutiert dabei Magdeburg und den 16. Januar.

19.01.2013

Da die Nazis ihren Aufmarsch abgesagt haben, veranstaltet das BgR statt der Aktion „Kein Tag für Nazis“ unter dem Motto „Steine des Anstoßes – gestern und heute“ einen Gedenkweg zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus.

25.01.2013

Ein Volksstimme-Kommentar fordert vom BgR „ein klare Absage an Gewalt“.

26.01.2013

Nazidemo „gegen den EU-Wahn“ mit 100 Teilnehmer_innen vom Bahnhof Buckau zum Landgericht und wieder zurück. Das BgR veranstaltet eine Mahnwache am Synagogenmahnmal.

27.01.2013

Im Anschluss an die Gedenkfeier in Rothensee erinnert das BgR mit einer Lesung in der Straßenbahn an das Schicksal jüdischer KZ-Häftlinge in Magdeburg.

28.01.2013

Kolumne „Grenzen der Zivilcourage“ in der Volksstimme:
„Was aber spricht eigentlich dagegen, dass ich mich in einiger Entfernung an die Demoroute stelle und braunem Ungeist entgegenrufe, dass er mir hier nicht willkommen ist? ... Wir alle werden stetig und aus vielfach politisch berufenem Munde dazu aufgefordert, friedlich, aber entschieden Gesicht gegen Rechtsaußen zu zeigen. Hätte ich das am Sonabend ohne Presseausweis tun wollen, ich hätte es nicht gedurft.“

16.10.2013

Das BgR veröffentlicht das Datum für den nächsten „Januarprotest“: „Es wird der 18. Januar 2014“.

18.10.2013

„Magdeburg Nazifrei“ veröffentlicht seinen Aufruf zum Januar:
„Der Protest der Zivilgesellschaft gegen rechts fokussiert sich meist nur auf den Aufmarsch im Januar und blendet die gewalttätigen Übergriffe und politischen Manipulationen der Rechten in der übrigen Zeit aus.“

27.10.2013

In einem Analysetext zur Magdeburger Naziszene greift „Magdeburg Nazifrei“ ein Mitglied des BgR an. Hintergrund ist die

Diskussion um die sog. „akzeptierende Jugendarbeit“. Indirekt wird das BgR-Mitglied für die Entstehung der „Initiative gegen das Vergessen“ verantwortlich gemacht.

14.11.2013

Das BgR veröffentlicht seinen Aufruf zum Januarprotest: „Überall in der Stadt sollen vielfältige und friedliche Aktionen stattfinden.“ Zusätzlich zur 6. Meile der Demokratie auf dem Breiten Weg soll es „Meilensteine der Demokratie“ in der Stadt geben.

2014

08.01.2014

Magdeburg Nazifrei veröffentlicht eine Gegendarstellung zu ihrem Artikel zur Magdeburger Naziszene und der akzeptierenden Jugendarbeit: „Aus meiner Sicht sollte ein „Bündnis Magdeburg Nazifrei“ die Nazi-Interpretation jener Arbeit durch Neonazis jedoch nicht einfach übernehmen und damit eine – zugegeben, letzten Endes nicht gelungene – jahrelange Arbeit gegen Rechts unter rechtsorientierten Jugendlichen so hinstellen, als sei ihr Ziel gewesen, Neonazis groß zu ziehen.“
Der Artikel selbst bleibt unverändert.

13.01.2014

Schüler_innen beginnen eine groß angelegte Stolpersteinputzaktion in der Stadt. Diese Aktion wird so erfolgreich, dass sie in den kommenden Jahren wiederholt wird. Z.T. entstehen daraus dauerhafte „Putzpatenschaften“.



14.01.2014

Die Volksstimme titelt: „Großeinsatz von 2500 Polizisten in Magdeburg“ ... „Die Kosten des Einsatzes dürften sich ersten Schätzungen zufolge zwischen zwei und drei Millionen Euro belaufen.“

15.01.2014

In der Nacht zum 15. Januar werden die Scheiben des Café Strudelhof eingeworfen, nachdem die Betreiber_innen in den Fenstern und auf Facebook ihre Teilnahme am Protest gegen den Neonazi-Aufmarsch angekündigt hatten.

16.01.2014

gedenkmarsch.de schreibt, die Meile sei ein „von Gutmenschen ... initiiertes Kasperletheater zum Aufrechterhalt der Lüge des angeblich gerechtfertigten Massenmordes an der Magdeburger Zivilbevölkerung.“ „Ein extra zu diesem Zweck ins Leben gerufenes Bündnis zwingt alle möglichen am kommunalen Tropf hängenden Vereine, sich an dieser Meile zu beteiligen.“ Die Standbetreuer_innen seien „mehrheitlich zwangsverpflichtet“. Man feiere „zwischen Hüpfburg und Hottentottenmusik ... den eigenen Pseudowiderstand“.

17.01.2014

Die Volksstimme titelt: „Magdeburg wird am Sonnabend zur Demo-Zone. Zahl der Polizisten auf 3300 erhöht / 49 Demonstrationen angekündigt“ „Neben zwei Reiterstaffeln sind auch Wasserwerfer und Diensthunde angefordert.“

In einer Kolumne im Lokalteil heißt es: „Kann ich mich morgen

sicher durch die Stadt bewegen? Das fragen sich viele Magdeburger... Wer sich morgen nicht traut, Gesicht zu zeigen, nutze die nächste Gelegenheit im Alltag. Sie wird sich bieten. Leider.“

17.01.2014

Magdeburg Nazifrei verlinkt ein Interview auf „Kombinat Fortschritt“ mit einem ihrer Mitglieder: Es sei „sehr auffällig, dass das BgR zu großen Teilen von der Stadt Magdeburg getragen wird. Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper ist immer derjenige, der die Liste der Unterzeichnenden anführt.“

19.01.2014

Aufgrund von Brandanschlägen auf Bahnstrecken und einer Blockade der Eisenbahnschienen zwischen den Bahnhöfen Neustadt und Herrenkrug kann der Naziaufmarsch nicht in Ostelbien stattfinden, sondern wird Richtung Leipziger Straße / Reform verlegt.

Zwischenzeitlich sperrt die Polizei alle Elbbrücken. Der „Meilenstein“ am Bahnhof Herrenkrug ist damit von allem abgeschnitten.

Niemand kommt dort hin, niemand kommt von dort weg.

Erstmals findet die Auftaktkundgebung des BgR auf dem Willy-Brandt-Platz statt. Währenddessen kreist ein Kleinflugzeug über dem Veranstaltungsort: „16.000 Tote unvergessen“

Zur Meile und den 16 Meilensteinen kommen insgesamt sicherlich 12.000 Menschen.

Das BgR kooperiert mit dem Bündnis #blockmd, das friedliche Blockaden zusätzlich zu Meile und Meilensteinen ermöglichen will.



Das Komitee für Grundrechte und Demokratie veröffentlicht abends einen ersten Bericht von seiner Demonstrationsbeobachtung: „Protest in Sicht- und Hörweite ist in Magdeburg politisch nicht gewollt.“

gedenkmarsch.de schreibt abends: „Mit kreativen Meilensteinen werden wir auch im nächsten Jahr das Gedenken in das Bewusstsein der Magdeburger rücken.“

20.01.2014

Die Volksstimme zitiert OB Trümper: „Es kann nicht sein, dass ein paar hundert Leute die ganze Stadt lahmlegen können. ... Es müsste eine feste Demonstrationsroute festgelegt werden können und daran haben sich alle zu halten.“

Kommentar in der Volksstimme: „Die Demonstrationen haben am Sonnabend eine ganze Stadt lahmgelegt. ... Es geht nicht darum, die Versammlungsfreiheit in irgendeiner Art zu beschränken. ... Aber man darf doch auch erwarten, dass das Demonstrationsgeschehen halbwegs in vernünftigen Bahnen läuft und nicht eine ganze Stadt geißelt.“

21.01.2014

Die Polizei räumt bei der Brückensperrung eine „interne Kommunikationspanne“ ein. „Die Beamten sollten durch die kurzfristige Sperrung nur die Gelegenheit erhalten, Kontrollstellen einzurichten. Warum am Ende das mehr als zwei Stunden dauerte..., sei im Detail noch unklar.“ (Volksstimme-Bericht)

28.01.2014

Das Organisationsbüro der Meile schreibt in seiner Auswertung, es hätte seit September 2013 einen Emailtransfer von ca. 2.500 Mails gehabt.

10.02.2014

Magdeburg Nazifrei schreibt in einer Auswertung des 19. Januar: „Mit dem „Bündnis gegen Rechts“ wurde abgesprochen, dass auch jene „Meilensteine der Demokratie“ auf unseren Aktionskarten zu finden sein werden, die als versammlungsrechtliche Kundgebung unter freiem Himmel angemeldet waren.“ Diese Absprache hat es nie gegeben.

23.04.2014

Das „Bündnis Studierende gegen Rechts“ organisiert eine Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Die geteilte Stadt“. Der OB sagt dort: „Wir möchten kein Katz- und Maus-Spiel mehr.“ Ein Protest in Rufweite müsse sein. Er selbst rufe zu keiner Blockade auf, aber sage bei einer spontanen Blockade evtl. Ja. In der Diskussion fallen auch Sätze wie „Friedlichkeit ist Mumpitz.“

07.10.2014

Das BgR veröffentlicht seinen Aufruf und legt sich damit auf ein Datum fest: „Den Nazis keine Raum geben!“ am 17. Januar 2015

15.10.2014

In der Universität beginnt eine Veranstaltungsreihe des „Bündnis Studierende gegen Rechts“. Titel: „70 Jahre „Trauermarsch-Kultur“

16.12.2014

Eine Lichtaktion von Schüler_innen auf dem Weihnachtsmarkt wirbt für die „Meile der Demokratie“.



2015

13.01.2015

Die Volksstimme titelt: „30 Demos am Wochenende. Zum Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs sind zehn Hundertschaften der Polizei im Einsatz“

„Das größere Problem sieht die Polizei in den bundesweiten Aufrufen der Antifa-Szene...“ Die Polizei rechnet mit 850 „Personen aus dem gewaltbereiten Spektrum“.

14.01.2015

Nächtliche Plakataktion der „Initiative Magdeburger Gedenken“ überall in der Stadt: „Am Mittwoch in den frühen Morgenstunden wurden im gesamten Stadtgebiet von Magdeburg 2.000 Plakate zur Thematisierung des bevorstehenden 70. Jahrestags der Bombardierung verhängt. ... Während die gesamte Innenstadt mit einer volksfestähnlichen „Meile der Demokratie“ aufwartet und angereiste Chaoten Polizeibeamte in Schach halten, scheint sich niemand mehr für die Stimme von uns Magdeburgern zu interessieren.“ (aus dem Bekennerschreiben)

14.01.2015

Die Nazis melden eine Demo für Freitag, 16. Januar an. Über die geplante Route herrscht Schweigen.

16.01.2015

Morgens hängen Transparente an Brücken: „Mord war ihr Mittel und Magdeburg ihr Ziel. 16. Januar 1945 – Ein Verbrechen an über 16000 Bürgern!“

Das BgR hält ab 14.00 Uhr eine Mahnwache am Westfriedhof. Dort werden Zitate zu anderen Perspektiven auf den 16. Januar gezeigt, so z.B. von KZ-Häftlingen oder Zwangsarbeiter_innen.

Ab 18.00 Uhr steht eine Mahnwache der Kirchengemeinde St. Nicolai in Kooperation mit dem BgR auf dem Nicolaiplatz. Später stehen über 500 Menschen friedlich auf dem Platz und der Straße. Diese Mahnwache blockiert den Naziaufmarsch von ca. 300 Personen und verkürzt ihre Route. Auch müssen sie auf ihr „Gedenkritual“ verzichten.

Abends wird die für den kommenden Tag geplante Demonstration von der Partei „Die Rechte“ abgesagt.

17.01.2015

Die 7. Meile der Demokratie und 16 Meilensteine, organisiert von über 170 Akteuren, locken ca. 15.000 Besucher_innen. Der Meilenstein in Sudenburg bekommt eine SMS von Herbert Grönemeyer: „leider bin ich schon wieder unterwegs, möchte aber Euch trotzdem ein bestes Gelingen wünschen!“

19.01.2015

Kommentar in der Volksstimme unter der Überschrift „Magdeburg setzt Zeichen“:

„Von der Sitzblockade bis zum gestrickten Schal war der Protest so bunt und friedlich, wie sich die Magdeburger ihre Stadt Tag für Tag wünschen.“

Wieder stehen mehr als 6.000 Menschen auf der Straße: bei der Kundgebung „Für ein weltoffenes Magdeburg“ von BgR und #blockmd gegen „Magida“. Aber das ist eine andere Geschichte...

20.01.2015

Die AfD Magdeburg schreibt über die „Meile“: „Konzerte vermeintlicher Promis, Freibier und bezahlte Luftballonverteiler ergänzen ... und komplettieren ein geradezu bizarres Schauspiel, an dessen Ende ja doch immer der Steuerzahler die Zeche löhnt, wenn es darum geht, dem Volk zu erklären, welche Weltanschauung ja nun die richtige, die einzige zu sein hat!“

21.01.2015

Pressemitteilung des BgR

„Mit Mahnwachen, friedlichen Blockaden und Kundgebungen haben die Menschen in Magdeburg in den zurückliegenden vier Tagen eindrucksvoll bewiesen, dass sie sich für eine weltoffene und demokratische Stadtgesellschaft einsetzen“.

22.01.2015

Volksstimme-Bericht über die BgR-Pressemitteilung unter der Überschrift: „Bündnis lobt Blockade und Bürger“

07.02.2015

Nach Volksstimme-Informationen hat die Polizei Sachsen-Anhalt von Amts wegen Strafanzeige gegen einen Landtagsabgeordneten wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gestellt. Der Abgeordnete hatte am 16. Januar gemeinsam mit anderen an einer Sitzblockade gegen den Naziaufmarsch teilgenommen.

30.08.2015

Die „Initiative gegen das Vergessen“ schreibt auf Facebook: „Die ‘Initiative gegen das Vergessen’ gibt hiermit bekannt, dass diese die zukünftige Arbeit, zum jährlich stattfindenden Gedenken in Magdeburg, auf Weiteres einstellen wird. ... In Zukunft wird es eine andere Form des jährlichen Gedenkens vor Ort geben...“

Der Magdeburger Trauermarsch in seiner bisherigen Form ist Geschichte.

Im August 2015 kündigte die neonazistische „Initiative gegen das Vergessen“ das Ende der bisherigen Form rechten Gedenkens an die Bombardierung Magdeburgs an. Man bereite einen Generationenwechsel vor, ließen die Neonazis wissen. Das Argument des Generationenwechsels im Kreis der neonazistischen Organisatoren des „Trauermarsches“ ist allerdings wohl nur die halbe Wahrheit. Denn nach dem Ende des jährlichen Großaufzuges der Neonazis in Dresden verlor das Format des Gedenkmarsches mit mehr als tausend Teilnehmenden bundesweit Mobilisierungskraft in der Neonazi-Szene. Das wurde in Magdeburg 2014 spürbar, wo die

Zahl der Teilnehmenden hinter den Erwartungen aus der Szene zurückblieb. Im Januar 2015 war an die Stelle des Großaufmarsches eine einwöchige Propagandakampagne mittels Transparenten und Plakaten in der Stadt Magdeburg getreten, die ihren Abschluss in einer kleineren Demonstration im Norden Magdeburgs fand, zu der nur Neonazis aus der Region gekommen waren. Die Ankündigung, den „Trauermarsch“ als Mobilisierungsform nicht fortzuführen, zeigt, dass der organisatorische Kern der regionalen Neonazi-Szene nicht losgelöst von den Themenkonjunkturen des bundesweiten Neonazismus agieren kann. Der organisatorische



Aufwand für die Umsetzung eines Aufmarsches in der Größe der Jahre zwischen 2005 und 2013 ist immens. Ganz offensichtlich ist die bisher den Aufmarsch organisierende Gruppe um den Kern der ehemaligen Magdeburger Kameradschaft Festung personell nicht mehr in der Lage, diesen Aufwand zu bewältigen. Die Ankündigung des Rückzuges der Neonazis ist ein Zeichen ihrer Schwäche. Das ist für die Demokratie eine gute Nachricht.

Das Ende des Magdeburger „Trauermarsches“ in seiner bisherigen Form ist auch ein Erfolg der langjährigen Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen und ihrer vielfältigen Bemühungen, dem „Trauer-

marsch“ der Neonazis in Magdeburg die gesellschaftliche Reichweite zu nehmen. Nicht zuletzt ist das „Bündnis gegen Rechts“ an den inhaltlichen Auseinandersetzungen rund um den Aufmarsch gewachsen und hat an Profil gewonnen.

Sicher wird die neonazistische Szene der Region auch in den kommenden Jahren rund um den Jahrestag der Bombardierung der Stadt Magdeburg in der einen oder anderen Weise aktiv sein. Darauf gilt es eine angemessene, demokratische Antwort zu geben.



Trauermarsch und Feuerschein

Wie Neonazis den 16. Januar als „Gedenktag“ inszenieren

Seit 2001 nehmen Neonazis den Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs im Zweiten Weltkrieg zum Anlass für einen sogenannten Trauermarsch durch die Elbestadt. Ihre Inszenierungen mit Bezug auf den 16. Januar 1945 können als politisiertes Totengedenken beschrieben werden. Um Sinn und Zweck dieser rechtsextremen Aufzüge zu verstehen, hilft es, sich ihrer Ikonographie zuzuwenden. So erhält man einen beredten Eindruck von den Quellen und Traditionsbezügen der Neonazis.

Für die Analyse gilt es zu unterscheiden zwischen Themen und Aktionsformen, mit denen sich die neonazistische Szene primär an die allgemeine Öffentlichkeit wendet, und solchen, bei denen die weltanschauliche Sinn- und Identitätsstiftung für die eigene Anhängerschaft im Vordergrund steht. Geht es um die etablierten Aufmärsche im Gedenken an die Bombardierungen von Dresden und Magdeburg, so steht hier letzteres im Vordergrund. Die gesamte strategische Kommunikation dieser sogenannten Trauermärsche ist darauf ausgerichtet, die Identität der rechten Szene weltanschaulich, gruppendynamisch und erlebnisorientiert zu stärken. Adressaten dieser Demonstrationen sind mithin nicht in erster Linie die Bürger_innen der jeweiligen Stadt, sondern die eigene Anhängerschaft und deren Umfeld. Der „Trauermarsch“ ist eine demonstrative Inszenierung, in der sich Ereignisse wie Anfahrt, Aufzug und politische Meinungskundgabe, aber auch die verbale und symbolische Konfrontation mit der Polizei und dem politischen Gegner zu einem politischen Gesamtevent fügen, welches von den Teilnehmenden als neonazistisches Gemeinschaftserlebnis goutiert wird. Dessen Sprache und Rituale mit dem Einsatz von Fahnen, Fackeln und Trommeln weisen auf die Zielintention der Veranstaltung: Hier finden sich die Schlüs-

selwörter und -bilder, die als Variationen der NS-Propaganda geeignet sind, Habitus und Selbstbild der Szene als Teil einer historischen Bewegung zu bestätigen. Formulierungen in den Reden wie „... die an den ewigen Lebensgesetzen ausgerichtete Weltanschauung“ werden von der Zuhörerenden als das verstanden, was sie sind: ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus.

Nationalsozialistische Erlebniswelten

In den ersten Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs waren Aufmärsche für die extreme Rechte zunächst nicht das erste Mittel der Wahl, um ihre Ideologie in der Öffentlichkeit zu propagieren. Erst aus einer Position der Schwäche heraus griff die Szene schließlich zu diesem Instrument. Die „Propaganda der Straße“ sollte dazu dienen, die Wahrnehmungsblockade der Medien gegenüber den Inhalten des Neonazismus zu durchbrechen. Im Zeitalter analoger, hierarchischer Medienzugänge war dies als Mittel der Herstellung einer rechtsextremen Gegenöffentlichkeit eminent wichtig. Mittels öffentlicher Aufmärsche gelang es der extremen Rechten seit Anfang der 1990er Jahre, temporär einen Sozialraum zu dominieren. Damit erhöhten sich in erheblichem Maße Reichweite und Attraktivität der Szene.

Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen radikal verändert. Ihre Gegenöffentlichkeit realisiert die extreme Rechte heute umfassend über das Internet und die Identitätsangebote einer rechten Jugendkultur. Gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen konkurriert der Rechtsextremismus dabei mit vielfältigen alternativen Angeboten um deren Aufmerksamkeit. Diese webbasierte



Egalisierung des Zugangs zu neonazistischen Inhalten sowie die Normalisierung rechtsextremer Politik- und Deutungsangebote schwächen jedoch mittelfristig den Politisierungsgrad insbesondere des jugendkulturellen Rechtsextremismus. Vor diesem Hintergrund bieten die Aktivist_innen der „Trauermärsche“ einen erlebnisorientierten Rahmen zur Vermittlung ihrer (neo-) nationalsozialistischen Inhalte.

Zur ideologischen Begründung ihrer Aktionsformen greift die extreme Rechte auf eine Reihe von Bildern, Ritualen und Begriffen zurück, die sie der Praxis des historischen Nationalsozialismus entlehnt. Wiederkehrende Topoi sind etwa jener von den alliierten Kriegsverbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung oder jener der Wehrmacht, in der „Millionen Soldaten für den Schutz und die Freiheit Europas“ kämpften. Bei dem Motto früherer Aufmärsche in Magdeburg, „Unsere Mauern brachen, unsere Herzen nicht“, handelt es sich um ein direktes Zitat aus der NS-Propaganda der Jahre 1943/44. Dieser Rückgriff auf den Nationalsozialismus schließt jedoch den Versuch, den historischen Ereignissen einen aktuellen Sinn zu geben, nicht aus. So finden sich im Magdeburger „Trauermarsch“ immer wieder Transparente, welche die Bombardierung Magdeburgs mit der Kriegführung der USA im Irak parallelisieren und beides als „Kriegsverbrechen“ bezeichnen. So reiht sich der Antiamerikanismus des Rechtsextremismus in eine ideologische Kontinuität ein.

Wie aus jeder Geste des Aufmarsches die Bezugnahme auf den Nationalsozialismus spricht, so sehr ist die Szene dennoch darauf bedacht, ihre Inszenierungsformen zu modernisieren. Dabei bedient sich die extreme Rechte Elementen einer amerikanisch geprägten globalen Jugendkultur – so paradox dies auch angesichts ihres An-

tiamerikanismus scheinen mag. Denn im Vollzug des „Erlebnisses Aufmarsch“ geht es nicht um die kognitiv-intellektuelle Durchdringung komplexer zeitgeschichtlicher Fragestellungen, sondern um die Konstitution von Gemeinschaft und um emotionale Politisierung. Es geht also weder um Form noch um Inhalt. Ein Aufmarsch ist kein Lektürekurs sondern ein Erlebnis. Bietet er diesen Eventcharakter nicht, werden die Teilnehmenden nicht wiederkommen.

Der Aufmarsch als Liturgie

Bis vor wenigen Jahren konnte die Szene für die Ausgestaltung ihrer Aufmärsche auf zeitgenössische Akteure des NS-Regimes als authentische Zeugen ihrer Sicht der Geschichte zurückgreifen. Ehemalige Angehörige der Waffen-SS wie Herbert Schweiger, Otto Riehs oder Reinhold Leidenfrost standen der Szene als beglaubigende und eindrucksvolle Zeitzeugen zur Seite. Ihre Authentizität ist für die extreme Rechte nur bedingt zu ersetzen. Die Rituale und Fahnen, die Fackeln und Feuersprüche müssen das Manko kompensieren, dass die Aktivist_innen des Aufmarsches nicht (mehr) als Angehörige der „Erlebnissgeneration“ sprechen. Das hat einen Bedeutungswandel der neonazistischen Erinnerungskultur zur Folge. Ging es zunächst vor allem um die Veranschaulichung des Kampfes und Opfer der „Erlebnissgeneration“, inszeniert und imaginiert sich die Szene nun als Erben der „Ahnen“, die wie diese weiterhin in einem weltanschaulichen Kampf stehen. Diese rückverlängerte Eingliederung des eigenen politischen Handelns in ein historisches Narrativ wird in dem Maße wichtiger, in welchem der Zweite Weltkrieg nicht mehr zwingend zum Bezugspunkt der jüngeren Generation des Neonazismus gehört.

Die „**Propaganda der Straße**“
sollte dazu dienen, die
Wahrnehmungsblockade der
Medien gegenüber den
Inhalten des Neonazismus
zu durchbrechen.

Die Rituale des Aufmarschs gehorchen einem liturgischen Dreiklang aus Verkündigung, Auslegung und Bekenntnis. In ihnen spiegelt sich ein geschichtspolitischer Fundamentalismus, der nicht einfach nur eine Meinungsvariante zum Verlauf des Bombenkrieges darstellt, sondern einen bewussten Bruch mit dem antinazistischen Konsens über die Deutungen des Zweiten Weltkrieges vollzieht. Dieser Bruch wird in den Ansprachen den Zuhörenden als Sinnstiftung der heutigen neonazistischen Bewegung ausgelegt, um danach – mehr oder minder verklausuliert – ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus abzulegen. Das im Ablauf des „Trauermarsches“ integrierte Totengedenken folgt der Logik einer politischen „Nekrophilie“, innerhalb derer die Toten zum Behelf der Lebenden heraufbeschworen werden. Wem dies wie eine makabre Gespenstershow vorkommt, liegt völlig richtig. Die Rituale sollen als Beistandserklärung der „Toten der Bewegung“ für die heutigen Aktivist_innen der Szene wirken.

Die Bedeutung des Aufmarschortes

Geht es um die Frage nach dem Erfolg oder Misserfolg des „Trauermarsches“, so ist vielfach zu hören, im Grunde sei es den Neonazis egal, ob sie durch ein Industriegebiet oder durch eine Innenstadt mit Überresten einer mittelalterlichen und barocken Stadtgeschichte laufen. Es ist naheliegend, dass die rechtsextremen Initiatoren ihren Anhängern die Demonstration auch dann als vollen Erfolg verkaufen, wenn diese am Rande einer Gartenanlage entlangführt. Tatsächlich jedoch steht in einem solchen Fall die Banalität des Ortes in einem deutlichen Missverhältnis zur heroischen Selbstinszenierung der Szene. Erst vor dem Hintergrund einer barocken Fassade z.B. entfaltet ein „Trauermarsch“ seine auratische Wirkung als heroische Inszenierung neonazistischer Erinnerungspolitik. Die fehlende Authentizität historischer Orte als Kulisse versagt der Inszenierung die Beglaubigung ihrer geschichtlichen Interpretation des Zweiten Weltkriegs. Wer vor der Kulisse eines Supermarktes markige Reden schwingt, wirkt nicht heroisch, sondern lächerlich.

Schließlich stellt sich die Frage nach der Nachhaltigkeit neonazistischer Aufmärsche auf die politische Sozialisation der Teilnehmenden. Dies zu beurteilen, ist schwer. Wer sich die Bilder der Aufmärsche seit Ende der 1990er Jahre ansieht wird feststellen, dass der Altersdurchschnitt der Teilnehmenden in etwa gleich geblieben ist. Das bedeutet: Für eine bestimmte rechtsorientierte Klientel ist die Teilnahme am Aufmarsch in Magdeburg Teil ihrer Sozialisation, bindet sie jedoch gleichzeitig nicht zwingend über Jahre an die neonazistische Szene. Personen, die Aufmärsche besuchen, agieren i.d.R. als Konsument_innen rechter Inhalte. Der Besuch einer neonazistischen Demonstration fällt vielfach zusammen mit dem Konsum von Rechtsrock und der Selbstverortung innerhalb rechter Jugendkulturen. Doch nur für einen kleinen Teil dieser Konsument_innen ist die Teilnahme an einem solchen Aufmarsch zugleich der Einstieg in den organisierten Neonazismus. Damit ist über den Prozess und die langfristige Wirkung der Identifikation mit neonazistischen Inhalten nichts gesagt, sehr wohl aber über die relative Geschlossenheit neonazistischer Kernstrukturen.

Konjunkturen der Teilnahme

Die Mobilisierung zu den Aufmärschen in Magdeburg ist – entgegen des weitverbreiteten Eindrucks – kein Selbstläufer. Es hängt von einer Vielzahl von Indikatoren ab, ob es den Veranstalter_innen ge-

lingt, überregional eine nennenswerte Zahl von Teilnehmenden zu mobilisieren. Dass dies so ist, zeigen die durchaus schwankenden Teilnehmerzahlen in Magdeburg. Es ist eben keineswegs so, dass deren Zahl mit den Jahren progressiv gestiegen ist, auch wenn die neonazistische „Initiative gegen das Vergessen“ etwas anderes behauptet. Nachdem der Westfriedhof als „authentischer Gedenkort“ für rechtsextreme Kundgebungen nicht mehr zur Verfügung stand, verfielen die Magdeburger Organisator_innen in eine Sinnkrise. Diese konnten sie erst überwinden, als sie den Aufmarsch durch das Stadtgebiet rituell aufluden – etwa durch Fackeln und das Abspielen von Wagner-Musik, wie sie auch in den nationalsozialistischen Wochenschauen Verwendung fand.

Allerdings konnte der Magdeburger Aufmarsch eine gewisse Mobilisierungsgrenze gerade in Konkurrenz zu Dresden nie überschreiten. Nun mag man einwenden, dass mit dem Ende des Aufmarsches in Dresden der Magdeburger Aufmarsch an Bedeutung und Mobilisierungsfähigkeit gewonnen hat. Allein, einen Beleg für diese These gibt es bisher nicht. Vielmehr zeichnet sich ab, dass innerhalb der rechten Szene die Attraktivität für geschichtspolitisch akzentuierte Aufzüge insgesamt abebbt. Gemessen daran bieten derzeit die zahlreichen Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte mehr Aussicht auf unmittelbare aktionistisch-politische Wirksamkeit.

Letztendlich hängt die Mobilisierungsfähigkeit des Magdeburger „Trauermarsches“ davon ab, ob es den rechtsextremen Organisator_innen gelingt, Aufmarschort und -rituale so zu gestalten, dass sie von den Teilnehmenden als attraktiver Teil ihren zumeist jugendkulturell geprägten Erlebniswelten rezipiert werden. Hier gilt es anzusetzen. Je unattraktiver der Aufmarsch in Magdeburg gerade für junge Neonazis wird, umso schwerer haben es die Veranstalter_innen, ihre Interpretationen der Geschichte auf die Straßen zu tragen.

Wir haben ja im Januar immer diesen Naziaufmarsch

Die Magdeburger Protestkultur und ihre Debatten

„Wir haben ja im Januar immer diesen Naziaufmarsch.“ So formulierte ich es, abends beim Wein im schicken Rathaussaal in Nürnberg. Von den Zuhörer_innen – allesamt aktiv in der kommunalen Arbeit gegen Rassismus – fanden die einen diese Formulierung völlig normal. Andere stutzten ob der Selbstverständlichkeit, mit der ich über das jährliche Ärgernis sprach, fast so als wäre es ein lieb-gewonnenes Ritual und fester Termin im Jahreskalender: im Januar der Naziaufmarsch, im März die Internationalen Wochen gegen Rassismus...

Eine Frage der Wahrnehmung

Die Geschichte der „Januarproteste“, wie die Proteste gegen den Naziaufmarsch anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Magdeburgs inzwischen genannt werden, ist auch eine Geschichte unterschiedlicher Wahrnehmungen: Magdeburg könne nicht blockieren. Die Stadtverwaltung lasse die Nazis einfach laufen. Überhaupt ginge Protest gegen Nazis in Magdeburg gar nicht, weil dort sowieso alle rechts und rassistisch wären. Oder auch: Mit den Protesten laden Sie nur Gewalttäter nach Magdeburg ein.

Solche Wahrnehmungen begegnen mir häufig, wenn ich von unseren Aktivitäten erzähle. Vom Gegenüber werden dabei gerne Fakten weggelassen oder Dinge umgedeutet, um die eigene Meinung nicht revidieren zu müssen. Da negiert man dann z.B. die friedlichen Blockaden von 2005 (an der Ecke Ernst-Reuter-Allee/Otto-von-Guericke-Straße) und 2009 (an der Johanniskirche), um die Behauptung aufrechtzuerhalten, vor der Gründung bestimmter Bündnisse habe es keine Blockaden gegeben. Aber auch wir Akteur_innen vergessen

leicht, was wir bereits erreicht haben. Wer erinnert sich z.B. noch, dass der Slogan „Geh denken“ bei einer Sitzung des Bündnis gegen Rechts Magdeburg (BgR) im Magdeburger einewelt haus entstanden ist (für die Proteste 2005)? Ende Januar fragten dann Dresdner_innen beim BgR an, ob sie diesen Slogan übernehmen dürften. Seitdem wird er mit Dresden in Verbindung gebracht.

Und wir Akteur_innen verdrängen gern selbst, wie stark in den Anfangsjahren der Gegenwind aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft war. „Meiden Sie die Innenstadt!“ Das war jahrelang der Tenor in der Berichterstattung zum Protesttag. Wir riefen zu friedlichem Protest auf. Die Medien warnten vor „Gewaltausbrüchen zwischen Links und Rechts“. Wer würde es da wagen, sich mit uns auf die Straße zu stellen? So hieß es z.B. in der Magdeburger Volksstimme am 13. Januar 2005: „Polizei warnt: In der Innenstadt Autos nicht am Straßenrand parken: Verkehrseinschränkungen durch zwei Demonstrationen in Magdeburg“. In einem Kasten daneben wurden alle „Veranstaltungen am Sonnabend“ erwähnt – zwischen Neonazidemo und Protest wurde dabei nicht unterschieden. Die Überschrift zur Berichterstattung über den Protestsamstag 2006 lautete: „Demagogen, Demonstranten, Demolierer“ (Magdeburger Volksstimme vom 16.01.2006).

„Dazwischen ein paar Hand voll Mahner“

Proteste gegen Naziaufmärsche sind nicht konfliktfrei. Die Ankündigung, friedlich protestieren zu wollen, führt dabei mitten hinein in den Konflikt und zwischen die Fronten der verschiedenen Konfliktparteien: Auf der einen Seite gibt es die Nazis, gegen die man protestiert. Auf der anderen Seite sind zum einen diejenigen, die die

Anwendung von Gewalt nicht ausschließen. Die Polizei schränkt z.T. das eigene Demonstrationsrecht ein mit der Begründung, einen vor „den Gewalttäter_innen“ schützen zu müssen. Dann gibt es Protestierende, die einen für die gewählte Aktionsform kritisieren. Und es gibt andere Protestierende, die einen kritisieren, weil man dieses Mal eine andere Aktionsform gewählt hat. Und dann gibt es noch jene, die sich gestört fühlen, weil sie an einem Samstag nicht wie gewohnt durch die Stadt bummeln können. Und natürlich gibt es auch jene, die sich an solch einem Tag nur um das Image der Stadt sorgen.

Die Geschichte der Proteste des BgR ist somit auch eine Geschichte von Konflikten, von Vorwürfen, sich zu wenig von Gewalt zu distanzieren und von Vorwürfen, zu wenige „Otto Normalmagdeburger“ zu erreichen. Deutlich wurde das in der Diskussion um die Proteste des Januars 2013: Der Tag war – auch auf unserer „Meile der Demokratie“ – nicht friedlich geblieben, das BgR kritisierte in seiner anschließenden Pressemitteilung den Polizeieinsatz und die Versammlungsbehörde. Anschließend warfen die einen dem BgR vor, mit der „Meile der Demokratie“ eine „angenehme Mischung aus Shoppingerleben und Bratwurstessen“ zu bieten und Demokratie mit Konsum und Vergnügen gleichzusetzen (AG KOMA, 12.01.2013). Die anderen forderten das BgR auf, sich öffentlich von Gewalt zu distanzieren. Egal, was das BgR in dieser Situation tat: Klar war, dass es von mindestens einer Seite wieder kritisiert werden würde. „Schlechte Tradition: Im Umfeld des 16. Januar marschieren Neonazis in Magdeburg auf [...] Dazwischen ein paar Hand voll Mahner“ (Magdeburger Volksstimme vom 16.01.2006).

Die Stadt

Der Oberbürgermeister hat sich erstmalig 2002 mit einer Ansprache auf der Kundgebung (am Wilhelmstädter Platz) an den Protesten des BgR beteiligt. Im Herbst 2004 fasste der Stadtrat einstimmig den Beschluss, dass „der Oberbürgermeister versuchen solle, den Aufmarsch mit einem Verbot zu verhindern.“ (Magdeburger Volksstimme vom 16.12.2004). Aber damals hieß es auch: „Ganz bewusst wollen wir nicht zu einer Gegen demonstration aufrufen, um Konfliktsituationen zu vermeiden.“ (Magdeburger Volksstimme vom 16.12.2004). Stattdessen wurden Transparente aufgehängt und eine Kehraus-Aktion organisiert. Aber auch darum gab es Diskussionen, in denen der Oberbürgermeister die Transparente gegen Kritik aus dem Stadtrat verteidigen musste, Sprüche wie „Nazis raus und dann Kehraus“ seien zu konfrontativ: „Nazis raus‘ ist nicht zu hart, sondern genau so gemeint.“ (Oberbürgermeister Dr. Trümper zit.n. Magdeburger Volksstimme vom 15.01.2005). Ein Jahr später, 2006, hatte sich die Stadt dann wieder für die „Strategie ignorieren“ (Magdeburger Volksstimme vom 16.01.2006) entschieden. Mittlerweile gehören Oberbürgermeister, Stadtrat und Stadtverwaltung zu denjenigen, die zu den Protesten aufrufen und sich in unterschiedlicher Form daran beteiligen.

Das Auf und Ab zeigt: Bei der Stadtverwaltung, den (demokratischen) Stadträten und dem Oberbürgermeister ist eine Entwicklung erkennbar hin zu einer stärkeren Beteiligung an den friedlichen Protesten. Natürlich wäre noch mehr möglich, und natürlich wünschen wir uns als BgR mehr Unterstützung und mehr Mitstreiter_innen auch von Seiten der „Offiziellen“ in der Stadt. Gleichzeitig hat sich über die Jahre eine gute Grundlage der Zusammenarbeit entwickelt – eine solide Basis, die ausbaufähig bleibt. Ist also in Magdeburg das Glas der kommunalen Beteiligung halb voll oder halb leer? Eine Positionierung in dieser Frage liegt wohl im individuellen Ermessen – und wird immer auch mitten zwischen die Konfliktlinien führen.

Die Bevölkerung

„Im Zusammenhang mit den geplanten Marschstrecken in der Innenstadt gab es Anfragen von Volksstimme-Lesern, ob es keine Möglichkeit gibt, die Demonstranten aus der Innenstadt zu verbannen.“ (Magdeburger Volksstimme vom 13.01.2005). Die Geschichte der Proteste ist auch eine Geschichte der Versuche eines Dialogs mit der unbeteiligten Bevölkerung. Der Protest werte die Nazis auf, ziehe Gewalttäter_innen an, überhaupt seien alle Protestierenden gewalttätig, und man mache das ja nur, um das eigene Gesicht in der Zeitung zu sehen. Die Vorwürfe von außen sind zahlreich. Es wird sie wohl immer geben, diese Kritiker_innen, die jeden Protest als Störung der öffentlichen Ordnung sehen. Wir können nur versuchen, gelassen mit den Vorwürfen umzugehen und sie nach Möglichkeit zu entkräften. Hilfreich dabei sind Aktionsformen, die Gelegenheit bieten, dass die „Menschen auf der Straße“ mit uns ins Gespräch kommen. Wer auf einer Demonstration an den Bürger_innen vorbeiläuft, motiviert sie selten mit Rufen wie „Bürger, lasst das Glotzen sein...“. Unvergessen bleibt mir dagegen der eiskalte Samstag im Januar 2009, als wir das „Haus der Lehrer“ (heute Katharinenturm) beklebt hatten. Diejenigen von uns, die unten auf der Straße standen und den Vorbeikommenden erklärten, was da vor sich geht und warum, waren wahrscheinlich der beste Werbeblock für die „Meile der Demokratie“ am Samstag darauf.

Mehr Beteiligung?

Natürlich wünschen wir uns immer mehr Beteiligung von denen, die bisher (noch) nicht aktiv sind. Wirksamkeit oder Erfolge im Protest werden häufig an den Zahlen bemessen: Sind wir mehr als die Gegenseite? Bringt man dann mal nicht so viele auf die Straße wie im Vorjahr, ist schnell die Frage da, ob man was falsch gemacht habe. Andererseits fordert man gern mehr Beteiligung von den Bevölkerungsgruppen, zu denen man selbst gar nicht gehört. Da wollen Studierende, dass mehr „Bürger_innen“ auf die Straße gehen, und Bürger_innen fragen, warum denn nicht mehr Studierende kämen. Die Forderung nach der Beteiligung der „Anderen“ kann auch ein Mittel sein, um von der Frage abzulenken, ob ich denn genug mache, um meine „eigenen“ Leute zu aktivieren.

Aktionsformen

Das BgR hat bei seinen Januarprotesten schon die unterschiedlichsten Aktionsformen genutzt: Demonstrationen, Gedenkwege, Gedenkzeiten, Kehraus-Aktionen, Kundgebungen, Mahn- und Friedensgebete, Mahnwachen, die „Meile der Demokratie“, „Meilensteine“, Menschenketten, Blockaden. Die Aufzählung macht deutlich: Das BgR war nie auf eine Aktionsform festgelegt – und ist es auch heute nicht (auch wenn böse Zungen das immer wieder behaupten). Manche Aktionsformen fanden breite Zustimmung, andere waren (und sind) umstrittener.

„Meile der Demokratie“: Kein Volksfest und keine Gedenkveranstaltung

Egal, welche Aktionsform wir in der Vergangenheit gewählt haben: Es waren und sind Aktionen zum Protest gegen einen Naziaufmarsch. Wir wollen den Nazis keinen Raum geben. Und nur deshalb machen wir das im Januar. Auch die seit 2009 stattfindende „Mei-



le der Demokratie" ist daher kein Volksfest. (Wir haben allerdings nichts dagegen, wenn Proteste bei uns auch Unterhaltungswert haben.) Und es sind in der Regel auch keine Gedenkveranstaltungen, die wir da im Januar organisieren. (Auch wenn es Elemente gibt, die einen Gedenkcharakter haben, wie z.B. die Gedenkwege in den letzten Jahren.) Schwierig erkennbar war dies bei der 2. Meile 2010, weil der „Protestsamstag“ auf den 16. Januar fiel. Für manche sah es damit so aus, als würden wir am Tag des Gedenkens an die Bombardierung ein Volksfest feiern. Doch in einem Leserbrief stellte einer der Akteure klar: „Die Meile der Demokratie ist in erster Linie als Besetzung des Stadtzentrums von Magdeburg gedacht, damit der Gedenktag der Zerstörung unserer Stadt nicht von Neonazis für ihre Zwecke missbraucht werden kann.“ (Magdeburger Volksstimme vom 27.01.10).

Die leidige Blockadefrage

Im BgR gibt es unterschiedliche Haltungen zum Thema Blockade. Das BgR respektiert dies und hat daher nach intensiven Diskussionsprozessen entschieden, zu friedlichen Protesten aufzurufen und nicht dezidiert zu Blockaden. Bei den Diskussionen zur Blockadefrage wurde eines als Konsens im BgR ganz deutlich: Uns darum zu bemühen, dass unsere Proteste friedlich bleiben (was ja extern auch nicht unumstritten ist), ist uns wichtiger als die Aktionsform. Mit Blockierer_innen, die sich ebenfalls um Friedlichkeit bemühen, arbeiten wir zusammen. Und viele, die uns vorwerfen, nicht zu Blockaden aufzurufen, vergessen z.B. die Blockade in der Jakobstraße im Januar 2009, die von der BgR-Menschenkette am Rathaus ausging. Was uns wichtig geworden ist in den schon leidigen Diskussionen um die Blockadefrage: dass die unterschiedlichen friedlichen Aktionsformen respektiert und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dies bestimmt auch unsere Herangehensweise an die Frage nach Kooperation mit anderen Akteuren.

Vielfalt der Aktionsformen

Die Geschichte des Januarprotestes des BgR zeigt: Das BgR ist nicht auf eine Aktionsform festgelegt. Hauptziel ist es, gemeinsam mit

möglichst vielen Menschen friedlich und möglichst erfolgreich gegen den Aufmarsch zu protestieren. Welche Aktionsform dann gewählt wird, ist zweitrangig. Unser langfristiges Ziel ist inzwischen zum Titel unseres Aufrufes und zum Motto unserer Protestaktivitäten geworden: „Den Nazis keinen Raum geben!“

Dafür haben wir Zwischenziele entwickelt und z.T. bereits erreicht: Wir wollen sensible Orte schützen (Synagoge, Westfriedhof, Synagogenmahnmal, aber auch die Unterkünfte von Geflüchteten) sowie „Schutzräume“ für Menschen schaffen und Alltagsleben ermöglichen. Dort, wo Demokrat_innen protestieren, können Nazis keinen „Gedenkmarusch“ abhalten. Dort soll normales Alltagsleben möglich werden und Menschen sollen dort ohne Angst verschieden sein können.

Mit den „Meilensteinen“ sind diese „Schutzräume“ für Menschen in den letzten Jahren auch in den Stadtteilen gewachsen. Sie sind somit mehr als eine Ergänzung der „Meile der Demokratie“. Sie sind auch Stachel im Fleisch unserer Selbstzufriedenheit, mit der „Meile“ schon ausreichend viel getan zu haben. Nein, wenn wir unseren Slogan ernst nehmen, wenn wir unsere Ziele umsetzen wollen, den Nazis in Magdeburg keinen Raum zu geben, dürfen wir uns nicht zurücklehnen nach dem, was wir bisher erreicht haben. In den letzten Jahren wurde deutlich: Mit einer Vielfalt von Aktionsformen vergrößern wir unsere Chancen, den Nazis keinen Raum in unserer Stadt zu geben, weil wir damit viele unterschiedliche Zielgruppen ansprechen und viele Räume besetzen können.

Dass der Naziaufmarsch oftmals so stattfinden konnte, wie es die Nazis wollten, lag weniger an den Aktionsformen, sondern neben anderem auch daran, dass wir (noch) nicht ausreichend Menschen auf die Straßen gebracht haben. Es bleibt also auch in den kommenden Jahren noch einiges zu tun.

Impressum

Magdeburg im Januar

Die jährlichen Proteste gegen den „Trauermarsch“ der Neonazis

Hrsg. von Miteinander e.V. und dem Bündnis gegen Rechts Magdeburg

Magdeburg 2016, 2. korrigierte Auflage.

Autor_innen: David Begrich, Pascal Begrich, Christine Böckmann

Redaktion: Pascal Begrich (V.i.S.d.P), Christine Böckmann

Bilder: Miteinander e.V.

Gestaltung: Korrektur NachOben. Agentur für Kommunikation

Erstellung und Druck der Broschüre wurden gefördert durch den Lokalen Aktionsplan Magdeburg im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, die Landeshauptstadt Magdeburg sowie das Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

